

GEGEN DRUCK

linke Monatszeitung aus Bielefeld

22
April 1998

3 Neues zu „innerer Sicherheit“
und Aufstandsbekämpfung
**Ein neuer Sheriff
ist in der Stadt ...**

4 Zum Verhältnis von Staat und
Kapital aus autonomer Sicht
**Krankheit Kapitalismus
und andere Übel**

6 Neue Arbeitskonzepte –
alte Ausbeutung
**Arbeit für alle –
schade eigentlich**

7 Wanderausstellung über
Frauen im KZ Ravensbrück
**Schwestern,
vergeßt uns nicht!**

Unbeugsame Dörfler oder warum die Atom-Mafia gar keine ist

CASTOR nix

Ganz Deutschland ist von der Atom-Mafia kontrolliert. Ganz Deutschland? Nein! Eine Schar Unbeugsamer hört nicht auf, ihrem kriminellen Treiben Widerstand zu leisten ... Und so ist er also auch in diesem Jahr wieder durch's Land gerollt, der CASTOR. Begleitet von einem Großaufgebot der Polizei und der besagten Schar von GegnerInnen der Atompolitik. Der Unterschied gegenüber dem letztem Jahr bestand darin, daß diesmal nicht Gorleben, sondern Ahaus Ziel von Polizei, Anti-Atom-Bewegten und CASTOR-Behältern war.

War die alte AKW-Bewegung schon so gut wie eingeschlafen, entzündete sich im letzten Jahr eine neue Anti-Atom-Bewegung an den Transporten nach Gorleben. Neue Aktionsfelder taten sich für die sogenannte Linke dabei auf. Mittlerweile gibt es wohl kein autonomes Jugendzentrum, keinen Stadtteilladen mehr, in dem sich nicht mindestens ein Anti-Atomstrom-Plenum trifft.

Wir wollen an dieser Stelle wissen: Was steckt hinter dieser Bewegung? Wieso pilgern Tausende ins Wendland bzw. nach Ahaus, um sich dort verprügeln und naß spritzen zu lassen? Was ist ihre Motivation und wo wollen sie hin?

Die Bewegung

Schaut man sich zunächst einmal die Bewegung selbst an, so stellt man recht schnell fest, daß es *die*

homogene Bewegung so nicht gibt. Grob gesagt sind es zwei Strömungen, die sich zusammen verbündet haben. Auf der einen Seite der eher bäuerlich-bürgerliche Teil mit seinen quergestellten Traktoren und Gewalt-Nix-Parolen, auf der anderen Seite der alternative oder auch „linke“ Teil, dem die Haßkappen nicht ganz so fremd sind. Gemeinsam proklamieren sie als Ziel die Stilllegung aller Atomanlagen, einen Wandel der Energiepolitik usw. Forderungen, die man unterstützen kann oder auch nicht. Interessant ist jedoch der Blick hinter diese Forderungen auf die Argumentation, mit der sie begründet werden. Ihr Ausgangspunkt ist die Sorge um die eigene Gesundheit, die von den unsichtbaren Strahlen bedroht sei. Daß in Deutschland dennoch Atomkraftwerke betrieben werden, sei dabei den Umtrieben einer „Atom-Mafia“ zu verdanken. Deren einziges Ziel sei die Verfolgung ihrer Profitinteressen gegen die Interessen des Gemeinwohls.

Prügelknabe/-madel Atom-Mafia

Der/die Schuldige ist damit ausgemacht: die Atom-Mafia. Ein Schlagwort, das deutlich macht, was für ein Verständnis hinter der Anti-Atombewegung steht. Die Mafia als das Fremde von außen, als die Krake im Untergrund, die nach eigenen, gesellschaftsfeindlichen Gesetzen agiert; ihre Interessen, nämlich mit lebensbedrohenden Strahlen Kohle zu

machen, werden als illegale beschrieben, um sie angreifbar zu machen.

Wenn daher die angeblich illegalen Atomtransporte dennoch stattfinden, wenn weiterhin Atomanlagen in Betrieb sind, dann kann das in den Augen der Anti-Atombewegung nur daran liegen, daß die großen Konzerne der Atomindustrie den Staat manipuliert, seine Exekutive gekauft haben. So sieht z.B. die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg in den 15 Mio. DM, die die *Gesellschaft für Nuclearservice* (GNS) dem Niedersächsischen Umweltministerium für den Bau einer Pilot-Konditionierungsanlage gezahlt hat, nichts anderes als einen Unterwerfungsvertrag. Von Verrat und Verkauf ist dann in den Flugblättern die Rede, von der SPD, die sich ohne Scham von ihrer atomkritischen Haltung verabschiedet habe und ungeschminkt das Geschäft der Gegenseite besorge.

Auf den Gedanken, daß das Handeln der Parteien durch etwas anders als durch die Manipulationen der Atomindustrie bestimmt wird, ist in Lüchow-Dannenberg anscheinend niemand gekommen.

Staatsideologie versus Realität?

Was hier bemängelt wird, ist eine Diskrepanz zwischen der Staatsideologie und seiner Wirklichkeit. Der Staat wird mit seiner demokratischen Verfassung identifiziert. Das, was ihn (nicht nur) nach Meinung der Anti-Castoren ausmacht, ist seine demokratische Idee, der Staat als Garant für das Wohl seines Volkes. Die Selbstdarstellung des Staates als Vertreter der Demokratie hat sich so fest in die Köpfe der Anti-Atom-Bewegten eingefressen, daß sie bei jeder





wa(h)r wohl nix

Zum Frühling gehört ja bekanntlich nach der Frühjahrsmüdigkeit das Frühlingserwachen. Wir haben jedenfalls unsere Decken zur Seite geräumt und den Winterschlaf beendet.

Der Übergang will oft nicht so einfach gelingen, sitzt der Schlaf in den Augen doch recht fest. Da ist es hilfreich, auf einen reichhaltigen Erfahrungsschatz der Problemgebeutelten zurückzugreifen, um zu glauben, den ersehnten Idealzustand erreichen zu können. Gar wunderwirksame Zaubersprüche klingen verheißungsvoll, auch eine angepasste Dosis frischer lungengefilterter Luft soll belebend wirken. Doch auch mehrere Versuche, uns dem High Level des Lebens zu nähern, brachten nicht das gewünschte Ergebnis. Auf der Suche nach den Ursachen ließ der Anblick der Risiken und Nebenwirkungen die Knie schlottern und den Schweiß tröpfeln.

Um nicht in eine verzweifelte Lethargie zu verfallen, ignorierten wir unser Zaudern und ließen uns zähneklappernd auf die ernüchternde Wirkung einer eiskalten Dusche ein.

Was wir wohl nicht behaupten können ist, daß dadurch ein wahres Wunder geschah und alles gut ist. Aber aufgefallen ist doch einiges, was nicht gut ist, und darum Übergänge so schwierig macht.

Davon hat uns in dieser Ausgabe zwar noch mehr als gewohnt zu einer kalten Erfrischung gebracht, aber irgendwann wird es mit der Revolution schon klappen.

Dazu seid Ihr, wie immer herzlich, aufgerufen, Eure Beiträge abzugeben.

die Redaktion



denen Abweichung von dieser Demokratie, bei jeder angeblichen Verletzung von Grundrechten, einen Widerspruch zwischen ihrem guten Recht und der Realität vermuten. Der Schluß, den sie daraus ziehen, ist entweder der, daß der Staat sich nicht an seine eigenen Gesetze halte, was wiederum nach der demokratischen Verfassung einklagbar wäre, oder daß die Gesetze, die diese Abweichungen erlauben, falsch sind, daß sie ersetzt bzw. abgeschafft werden müssen.

Nicht umsonst wird in fast jedem Flugblatt der AtomkraftgegnerInnen betont, daß der Staat mit seiner Atomenergiepolitik den „Willen des Volkes“ ignoriere. Dementsprechend geht die Staatskritik der Antiatombewegung nicht über diesen Punkt hinaus: Staat gleich böse, weil er sich von noch viel böseren Atomkonzernen hat kaufen lassen und die gesellschaftliche Grundordnung übertritt.

liche Veränderung erzielen, weil sie das wesentliche des Staates nicht erfaßt.

Ein Punkt, der gleichermaßen für beide Teile der Anti-Atom-Bewegung, sowohl für den gemäßigt-bürgerlichen, als auch für den radikal-alternativen Teil, bezeichnend ist.

Der linke Widerstand

Es bleibt die Frage, warum massenhaft „Linke“ in die abgelegensten Teile Deutschlands fahren, anstatt in Großstädten gegen die weltweiten Umtriebe des Atomkapitals zu protestieren? Die Antwort ist relativ einfach: Weil dort, und nur dort, die bäuerliche Bürgerbewegung ihren Aufstand zelebriert. Unter dem Attribut „anti-atom“ wird dort jedeR, der/die sich nur irgendwie an die Schienen kettet, zu einer Bewegung subsumiert. Solange die Praxis, nämlich der Widerstand gegen



Verwertungslogik

In der aggressiven – oder passiven – „Verteidigung der Grundrechte“ erweisen sich die Anti-Castoren als gute Staatsbürger. Sitzen sie doch der offiziellen Ideologie auf, ohne nach dem Grund für das Verhalten des Staates fragen zu müssen. Die Funktion des Staates, eine Ordnung zu sichern, in der das Atomkapital als eines unter vielen seiner Verwertung nachgehen kann, tritt damit hinter sein demokratisches Selbstbild zurück.

Der Staat ist eine Organisationsform für die Durchsetzung der Verwertungslogik. Er sichert die gesellschaftliche Reproduktion, die das Kapital leistet. Zur Aufrechterhaltung dieser kapitalistischen Ordnung ist ihm jedes Mittel recht. Dementsprechend ist auch die Demokratie, auf die sich die AtomkraftgegnerInnen immer wieder berufen, nichts anderes, als Mittel zum Zweck. Sie hat sich als eine effiziente Form der Herrschaft herausgestellt, ist nicht mehr als eine Regierungsform, die in guten Zeiten eine akzeptable Mehrwertproduktion sichert. Das und nur das ist der Zweck der Demokratie.

Eine Kritik am Staat, die sich auf ein Versagen in der Ausübung der demokratischen Grundrechte beruft und seine Notwendigkeit für die Reproduktion des Kapitals außer acht läßt, wird also zwangsläufig immer ins Leere greifen, keine wirk-

die Castortransporte stimmt, werden die Gründe für das Handeln unwichtig. Und so ist schon die Anzahl, die Summe der Anti-Castoren für sie von Bedeutung, Maßstab für Erfolg und, schlimmstenfalls, Garantie für revolutionäres Handeln. Oder wie es in einem Flugblatt der WIGA so schön heißt: „Nur gemeinsam, mit Toleranz und Rücksichtnahme, sind wir bei aller Unterschiedlichkeit stark genug.“ Das revolutionäre Handeln ist dabei eher etwas für ausgebuffte RevolutionsstrategInnen: glauben sie doch, das „einfache Volk“ mittels ihrer Anwesenheit von der antikapitalistischen Revolution überzeugen zu können.

Die gegenseitige Toleranz geht dann so weit, daß alle Unterschiede verdrängt werden. Der Wunsch nach einer starken Bewegung stellt sich über alles und wird zum Fehler. Da wird dann auch „Rücksicht“ auf Leute genommen, die bei näherer Betrachtung ihren Widerstand als reaktionäres Ziel verfolgen, die für die Verteidigung ihrer Heimat bis zum äußersten gehen würden. Und daß nicht nur, wenn Atomstrahlen vor der Haustür stehen, sondern auch, wenn es statt der CASTOR-Behälter Busse mit AsylbewerberInnen wären. Im Zuge des Quantität-Statt-Qualität-Wahns ist das jedoch alles kein Thema für die bundesdeutsche Anti-Atombewegung.

Anna Ziegler



Impressum

Kontakt: Redaktion GegenDruck, c/o Infocafé
Anschlag, Heeper Str. 152, 33607 Bielefeld bzw.
gegendruck@bionic.zerberus.de

Auflage: 2.000

Druck: im Eigendruck
V.i.S.d.P.: A. Kolontai

Bankverbindung: Kto. „Verein JZ Bünde“
Nr. 210 012 902 bei der KSK Herford,
Blz. 494 501 20, Stichwort „Medien“

GegenDruck erscheint im World Wide Web unter
<http://www.nadir.org/nadir/periodika/gegendruck> und im
CL-Netz unter ellantifa/magazine.

GegenDruck ist im Abonnement erhältlich: 6 Ausgaben x 1 Exemplar kosten DM 10, 6 x 2–5 Exemplare kosten DM 25, 6 x 6–10 kosten DM 40, 6 x 11–50 kosten DM 50. Förderabos gibt es ab DM 3 im Monat. Spenden in aller Form sind immer willkommen. Ein kostenloses eMail-Abo ist im ASCII-Format erhältlich.

Die nächste GegenDruck erscheint am 6.5.1998. Redaktionsschluß ist der 28.4.1998. Artikel der Redaktion sind mit *gd* gekennzeichnet, andere Artikel geben unsere Meinung wieder oder nicht.

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt solange Eigentum des Absenders/der Absenderin bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. Zur-Habe-Nahme ist keine Auslieferung im Sinne dieses Vorbehaltes. Nicht ausgehändigte Exemplare oder Teile, und nur diese, sind dem/der AbsenderIn unter Angabe der Gründe der Nichtauslieferung zurückzusenden.

Guten Morgen, ein neuer Sheriff ist in der Stadt ...

Die „Innere Sicherheit“ avanciert zum Wahlkampfthema Nummer eins in diesem Jahr. Freunde wie Gegner paramilitärischer Polizeiaufrüstung, systematischen Abhörens usw. befinden sich in einem heftigen Handgemenge darüber, was der Staat über seine Bürger in Erfahrung bringen sollte und wie er gegebenenfalls mit diesem Wissen umzugehen habe.

Und tatsächlich lesen sich einschlägige Berichte zum Thema wie direkt aus einem zweitklassigen SciFi-Comic abgeschrieben. Von automatischen Drohnen zur Gebiets- oder Grenzüberwachung über Hochgeschwindigkeitsstroboskopkameras bis hin zu Kakerlaken, denen Wanzen oder Minikameras eingepflanzt wurden, verwirklichen Forschungslabors weltweit jede denkbare Form der automatisierten Überwachung und Kontrolle (1). Die technischen Möglichkeiten zur routinemäßigen Überwachung von Personen, Fahrzeugen, Räumlichkeiten und Kommunikationswegen lassen mittlerweile jeden unauffälligen Mittelklassewagen mit Wiesbadener Kennzeichen als hoffnungslosen Anachronismus erscheinen. So sind in Großbritannien Systeme im Einsatz, die automatisch Autokennzeichen erfassen und speichern und so z.B. jeden Verkehr von und nach London protokollieren. Ein entsprechendes Gerät hat einen Stückpreis von ca. 2000 £, so daß die flächendeckende Einführung derartiger Mittel wohl nur noch eine Frage der Zeit ist.

Kennzeichnend für die neueren Überwachungssysteme ist die Möglichkeit, kontinuierlich riesige Datenmengen zu erheben, die dann mit Hilfe von modernsten Datenverarbeitungsanlagen gewichtet und ausgewertet werden.

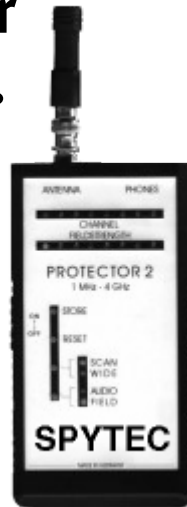
Damit verschiebt sich die Überwachung

von

der Reaktion auf bestimmte Handlungen zu einer vorbeugenden Ausleuchtung im Idealfall aller Einwohner eines bestimmten Gebietes.

Besonders deutlich wird diese Entwicklung im Bereich der Kommunikation. Die US-amerikanische *National Security Agency* (NSA), die 1952 aufgrund einer Direktive Trumans gegründet wurde und bis heute keiner Kontrollinstanz untersteht, verfügt mit *Echelon* über ein System, mit dem weltweit in großem Maßstab Kommunikationswege belauscht wurden (s.a. gd 20). Fünf *Echelon*-Großstationen hören die Satelliten der meisten internationalen Telefongesellschaften ab, zudem gibt es eine Reihe kleinerer Stationen, die auf andere Satelliten in geostationären Umlaufbahnen ausgerichtet sind. Und auch land- und seegestützte Wege werden von der NSA angezapft – so lag eine Zentrale der NSA in der BRD jahrelang direkt über der Frankfurter Hauptpost. Das *Echelon*-System ist deswegen besonders interessant, da es die vorhandenen technischen Möglichkeiten am exzessivsten nutzt. Mit *Memex* benutzt die NSA ein elektronisches Analysesystem, das Informationen mit Hilfe von länderspezifischen Wörterbüchern und Schlüsselwörtern filtert. Erst dadurch wird es überhaupt möglich, mit den immensen Datenmengen etwas sinnvolles anzufangen. Zur Veranschaulichung: allein das Computersystem der CIA (das im übrigen von Experten der NSA installiert wurde) speichert mehr als vier Terabyte geheime Daten – was einen Aktenstapel von 48 Kilometer Höhe ergeben würde (2).

In eine ähnliche Richtung gehen die jüngsten Änderungen im bundesdeutschen Telekommunikationsrecht. Inzwischen sind „Erbringer geschäftsmäßiger Telekommunikationsdienste“ dazu verpflichtet, sogenannten „Bedarfsträgern“, also Nachrichtendiensten und Polizei, aber auch Zollämtern etc. sowohl das Abhören zu ermöglichen als auch auf eigene Kosten die technischen Möglichkeiten dafür vorzuhalten und Personal dafür abzustellen. „Geschäftsmäßige Telekommunikationsdienste“ sind dabei auch firmeninterne Netze und im Prinzip auch private Netze, insofern Kosten abgerechnet werden. In Verbindung mit den Möglichkeiten zum Anlegen von Bewegungsprofilen z.B. per Handy oder über die verschiedenen Geldkarten verschaffen sich die



Behörden damit kostengünstig die Möglichkeit zu einer fast lückenlosen Überwachung beliebiger Zielpersonen.

Mit Blick auf die immer wieder angeführte Verbrechensbekämpfung zeitigen Abhörmaßnahmen allerdings eher bescheidene Erfolge. Auf Beschluß der Bundesländer wird hierzulande auf „eine systematische Erhebung des Erfolges“ verzichtet, weil „dies möglicherweise zu rechtspolitisch unerwünschten Konsequenzen“ führen könnte (zit. n. (2)). Das vielgelobte Allheilmittel Lauschangriff ließe sich also nicht mehr legitimieren, wenn tatsächliche Zahlen über Erfolge im Vergleich zu abgehörten Gesprächen veröffentlicht würden. Dies unterstreicht zweierlei: einerseits greifen die Maßnahmen nicht dort, wo sie nach offizieller Darstellung unbedingt nötig sind, nämlich gegen die sog. „organisierte Kriminalität“, andererseits sind sie dennoch politisch gewollt.

Dies ist allerdings nichts Neues: „Die Regierungen haben Zugang zu subtileren und anderen umfangreicheren Möglichkeiten, in die Privatsphäre einzudringen, erhalten. Entdeckungen und Erfindungen haben es der Regierung durch weit effektivere Mittel, als jemanden auf die Folter zu spannen, ermöglicht, das im Gericht zu enthüllen, was auf der Toilette geflüstert wurde.“ (zit. n. (1)), so Louis Brandeis, Richter am US Supreme Court. Brandeis ist schon lange tot, das Zitat von 1928. Der Zweck möglichst lückenloser Kontrolle liegt selbst in der Logik kapitalistischer Verwertung. Darin unterscheidet sich die Stechuhr an der Klotür im Betrieb nicht substantiell von der Kameraüberwachung an belebten Plätzen. Gewährleistet werden soll die reibungslose Kapitalverwertung, dazu gehört neben der direkten Überwachung im Betrieb auch die entsprechende Bewachung von Konsumteilen genauso wie die Bepitzelung potentiellen oder tatsächlichen Widerstands und Spionage auf dem Territorium internationaler Konkurrenten. Daß dabei die von den bürgerlichen Regierungen bei anderer Gelegenheit so beschworenen „Grundrechte“ auf der Strecke bleiben, ist weder neu noch sollte es Anlaß zu moralischer Empörung bieten – denn die läßt sich auf eine Ebene der Auseinandersetzung ein, auf der durch die Herbeikonstruktion immer neuer Bedrohungen – organisierte Kriminalität, Terrorismus, Jugendkriminalität, Immigration etc. pp. – gerade die Legitimation für die technische Aufrüstung des Staatsapparates geliefert wird. Es sind auch hier nicht die Mittel, die Anlaß zu Widerstand bieten, sondern die Zwecke, die mit ihnen verfolgt werden – die Zementierung der bestehenden Verhältnisse

Wolfgang P. Müller

(1) *Scientific and Technological Options Assessment* (STOA), An Appraisal of Technologies of Political Control, Consultation Version, Luxembourg, 6. Januar 1998. Das gesamte Dokument liegt im Internet unter <http://jya.com/stoa-atpc.htm>. Eine (gekürzte) deutsche Übersetzung gibt es unter www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/1393/1.html

(2) Ruhmann/Schulzki-Haddouti, Abhör-Dschungel, ct' 5/98

Kapitalismus als Krankheit und andere Übel

Es ist etwas im Busch. Nicht nur die kommerzielle Medienlandschaft und ihre Lieblingsobjekte – die PolitikerInnen – haben mit der „inneren Sicherheit“ ein neues Top-Thema, sondern auch die Antifas der *Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation* (AA/BO) stehen ganz im Zeichen von „Polizei- und Überwachungsstaat“. Gegen diesen, oder besser noch: um diesen zu verhindern, starten sie 1998 mit einer neuen Kampagne unter dem Motto: „Zusammen kämpfen gegen die Sicherheit der Herrschenden!“.

Auftakt der Kampagne bildete eine Demonstration am 21. Februar in Göttingen, zu der sich einige hundert Antifas in den Straßen der Kleinstadt sammelten, Parolen riefen und sich anschließend wieder zerstreuten. Nichts besonderes also, böte nicht das dazu verbreitete Mobilisierungsplakat – eine Krake mit Totenkopfschädel in schlechtesten Anti-Imp-Manier – samt erklärendem Flugblatt einen dringenden Anlaß, einige kritische Anmerkungen zum Staatsverständnis der AutorInnen zu machen.



Der angstbesetzte Staatsfetisch tritt an die Stelle der Aufklärung
(KuK-Plakat zur Demo gegen den „Polizei- und Überwachungsstaat“ 1998)

Die Erklärung der staatlichen Aufrüstung, ...

Vor der Kritik sei in Kürze die Argumentation des Flugblattes wiedergegeben. Anlaß für die Kampagne ist eine beunruhigende Entdeckung der organisierten Antifas: der Staat, in dem sie leben, scheint sich zu einem Polizei- und Überwachungsstaat zu entwickeln. Das ist für sie eine neue Entwicklung, die sie keinesfalls gut finden. Und um etwas gegen diese Entwicklung tun zu können, machen sie sich zunächst Gedanken um die Ursache dieser Entwicklung.

Dabei stoßen die eifrigen „Spiegel“-LeserInnen im heutigen „totalen Kapitalismus“ (dieses und alle folgenden Zitate aus dem Aufruf der Antifa (M) vom Januar 1998) auf ein Kapital, welches sich von der Abhängigkeit „von seinem Territorium, dem Nationalstaat“ befreit (Stichwort Globalisierung). Und so wird der Staat in hunds-gemeiner Weise „gezwungen, von der Idee des Sozialstaates (...) Abstand zu nehmen“. Und obwohl für „das Kapital eine Kompromißpolitik mit Gewerkschaften und Staat nicht mehr notwendig“ ist,

sieht der Staat in seiner Not offenbar keinen anderen Ausweg als „die Krankheit (Kapitalismus) mit der Krankheit (noch mehr Kapitalismus) zu kurieren“.

Nun hat aber der Abbau des Sozialstaates den (offenbar unangenehmen) Nebeneffekt, Unzufriedenheit und Existenznot zu produzieren. Damit sein Volk jedoch auf keine dummen Gedanken kommt, leiert der Staat eine riesige Lügenkampagne an: Nicht er will Schuld an der Not seines Volkes sein, sondern die Kriminellen, die Ausländer etc. sollen es sein. Und so manipuliert, wie nach Meinung der Antifas hier eh alle sind, riechen nur ganz wenige den Braten, unter anderen natürlich sie selbst.

Wir sind damit auch schon fast am

Ziel, erklärt zu bekommen, warum der Staat sich so martialisch aufrüstet. Unter dem Vorwand, sich gegen „Kriminelle und Ausländer“ wehren zu müssen, wappnet er sich eigentlich für „die zunehmende Bekämpfung möglichen Widerstandes gegen die herrschende Politik“. Und wer hier als möglicher Widerstand zunehmend bekämpft wird, sei nicht verheimlicht: die Antifas selbst sind es!

Die Konsequenz dieser Einsichten liegt für die Antifas auf der Hand. „Zusammen kämpfen gegen (den) Polizei- und Überwachungsstaat“.

... ihre Kuriositäten ...

Das heißt: wir alle, die wir irgendwie links sind, müssen zusammen mit den verfolgten Antifas gegen eine Aufrüstung des Staates kämpfen, welche ihrerseits aus dem (vielleicht auch nur projizierten) Kampf gegen den Staat resultiert. Dieser Zirkelschluß ist für Außenstehende ebenso verblüffend, wie er für die Antifas wichtig ist. Verblüffend ist er, da der Grund für den Widerstand lediglich auf den Widerstand selbst verweist, wichtig ist er, da sich die Antifas auf diese Weise einerseits zugleich als Opfer wie als Täter fühlen dürfen (der Angriff des Staates rechtfertigt den Widerstand) und andererseits daraus keine grundsätzliche Staatskritik erfolgen muß, die prinzipielle Bündnisfähigkeit mit sog. bürgerlichen Kräften erhalten bleibt.

Und wo bleibt die Kritik der Antifas am Kapitalismus? Wie eben gezeigt wurde, ist diese nicht unbedingt notwendig, um eine Kampagne der AA/BO zu begründen. Weder im Gerangel mit den Faschisten, noch in der Auseinandersetzung um die Aufrüstung des Staates ist sie für die praktischen Aktionen von belang. Dennoch bildet die verschrobene Kapitalismuskritik eine im folgenden zu beleuchtende Grundlage des autonomen Gemeckers am Staat.

... und grundlegenden Fehler

Die theoretischen Versatzstücke der autonom-antifaschistischen Kapitalismuskritik stammen noch von den Anti-Imperialisten der 70er und 80er Jahre. Denen war damals die Kritik der Produktion für den Profit (Kapitalismus) nicht spektakulär genug und sie begannen daher – neben der Bewunderung kämpfender Menschen anderer Länder – die fixe Idee zu pflegen, man müsse nur zeigen, daß der Staat gar nicht demokratisch sei, und die Bevölkerung würde beginnen, die herrschenden Mißstände zu kritisieren. Damals wurde das mit dem anschaulichen Bild beschrieben, dem Staat müsse seine demokratische Maske von der kapitalistischen Fratze gerissen werden.

Auf diese Weise begann eine unselige Spaltung des Staatsbegriffs: einerseits war er gekauftes Werkzeug finsterner Kapitalisten (auch „Blutsauger“ genannt) und daher mit ebenso finsternen Absichten ferngesteuert, andererseits wurde zugestanden, daß gegen einen „wirklich demokratischen Staat“ nichts einzuwenden wäre. Auf diese Weise konnten sie erklären, wieso der Staat einerseits offensichtlich die Interessen der Kapitalisten

vertrat (Bulleneinsätze gegen ...), jedoch andererseits auch Mittel zu deren Zähmung bereit hielt (soziale Absicherung etc.). Seitdem scheuten tapfere Krieger (und z.T. auch Kriegerinnen) für die Gerechtigkeit keine Mühe, den Staat zu martialischen, „undemokratischen“ Reaktionen herauszufordern, zu entlarven und finden in der Repression ihre eigentliche Bestätigung; gegen so etwas muß man sich doch einfach wehren.

Kurz zusammengefaßt heißt das: Die fehlende Demokratie des Staates als scheinbarer Hebelpunkt der Kritik an den herrschenden Verhältnissen ist zugleich die Bestätigung des Staates als taugliches Mittel für die eigenen Interessen. Nach dieser Ansicht könnte der „eigentlich“ demokratische Staat die Kapitalisten in ihre Schranken weisen; aus den Staatskritikern entpuppen sich Staatsverbesserer.

Und der Zeigefinger!

Umgekehrt wird hingegen ein Schuh d'raus: Der Nationalstaat ist der gesellschaftliche Rahmen der Produktion für den Profit und sichert die Reproduktion der hiesigen Verhältnisse. Als „ideeller Gesamtkapitalist“ (Marx) ist ihm die Profitschinderei zum Zweck gesetzt, verwendet er die Repression ebenso wie die soziale Absicherung als Mittel und gerät mit einzelnen Kapitalisten in einen Interessenkonflikt, wenn diese die Grundlage ihrer Produktion zu zerstören drohen. Sein Lebensquell ist die Sicherung des Eigentums nach innen und außen als Voraussetzung für die Profitproduktion (sei diese privat- oder staatswirtschaftlich organisiert).

Wer in dem Widerspruch zwischen Staatsideologie und -auftreten sein Mittel zur Kritik der herrschenden Verhältnisse findet, sei es in der Form des demonstrativen Angriffs, sei es in der Form der Bettelei um Zugeständnisse, verstellt sich damit (aber nicht nur damit) das Verständnis des Zusammenwirkens von Staat, Kapital und Proletariat in einer blinden Produktion für den Profit. Wer dem (National-) Staat prinzipiell seinen guten Zweck bescheinigt, lediglich in der heutigen Gesellschaft mißbraucht (z.B. von Kapitalisten gekauft) sieht, wird auch der hiesigen Warenproduktion etwas Gutes andichten können.

Nur das Beharren auf das konkrete Interesse nach einer selbstbewußten Befriedigung der Bedürfnisse jedes/-r einzelnen liefert die Grundlage für die Kritik einer Gesellschaft, die den Menschen nur noch als Mittel zur Produktion abstrakten Reichtums kennt. Das Geschrei von der Fasischisierung bzw. der behaupteten Mutation des Staates zum Polizei- und Überwachungsstaat ☘ aber will davon nichts wissen. ☘

Carla Schweisser ☘

„An den Ostgrenzen der BRD (...) wird (...) die Bevölkerung zur Flüchtlingshatz gezwungen.“ Anmerkungen zum Verhältnis vom Staat zu seiner Bevölkerung in einer der nächsten Ausgaben der *GegenDruck*.



Nach sechseinhalb Jahren Prozesse gegen Antifas

Immer wieder Polacek

Sechseinhalb Jahre nach einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Antifas und Neonazis im niedersächsischen Mackenrode soll voraussichtlich am 15. April vor dem Göttinger Landgericht fünf AntifaschistInnen der Prozeß gemacht werden. Den angeklagten vier Männern und einer Frau wird unter anderem Landfriedensbruch, schwere Körperverletzung, sowie jeweils in einem Fall versuchte Brandstiftung und versuchter Totschlag vorgeworfen.

Was war passiert?

Schon seit 1983 diente das Haus von Karl Polacek in Mackenrode, in der Nähe von Göttingen, als Treffpunkt der bundesweiten Neonaziszene. Polacek, der seine Nazikarriere bei der NPD begann und zu diesem Zeitpunkt Kader der *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei* (FAP) war, stellte das Haus immer wieder für Schulungen, insbesondere für die FAP zur Verfügung. So wurden einige der heute führenden Neonazikader wie z.B. Thorsten Heise von ihm ausgebildet. Doch nicht nur der theoretische, auch der praktische Hintergrund wurde von ihm groß geschrieben, das Haus in Mackenrode diente immer wieder als Ausgangspunkt für Angriffe auf AntifaschistInnen und andere „GegnerInnen“. Einige Beispiele: In der Neujahrsnacht 1990/1991 wurde Alexander Selchow von dem Polacek-Zögling Oliver Simon auf offener Straße erstochen. Ein weiterer von Polacek rekrutierter Neonazi jagte sich 1987 mit einer selbstgebauten Bombe in die Luft.

Am 26. Oktober '91 versammelten sich ca. 30 Neonazis im Haus von Karl Polacek. Dieses Treffen veranlaßte die Göttinger Antifazene zu

einer Spontandemo zum Haus. Dort angekommen, wurden die rund 50 DemonstrantInnen von den im Haus verbarrikadierten Neonazis angegriffen. Das Resultat der etwa zwanzigminütigen Auseinandersetzung waren vier schwer und einige leichter verletzte Nazis.

Die Polizei indes reagierte mit Straßensperren rund um Mackenrode und willkürlichen Personalienfeststellungen von 15 Personen.

Nachdem Polacek im Frühjahr 1992 auf Druck des niedersächsischen Innenministeriums nach Österreich ausgewiesen wurde, intensivierte die Staatsanwaltschaft Göttingen ihre Ermittlungen gegen die Antifazene. Dabei interessierten sie nicht nur die Geschehnisse in Mackenrode, sondern vor allem auch die *Autonome Antifa (M)*. Vorläufigen Höhepunkt ihrer Nachforschungen war der Prozeß gegen die Antifa (M). Trotz aller Versuche der Staatsanwaltschaft, die (M) als terroristische Vereinigung zu kriminalisieren, endete das Verfahren mit Einstellung, bzw. Freispruch für die insgesamt 17 Angeklagten.

Nach dieser vorläufigen Niederlage seitens der Staatsanwaltschaft setzen sie nun ihrerseits alle Hoffnungen in das Mackenrode-Verfahren, das bis dahin immer wieder unter fadenscheinigen Vorwänden hinausgezögert worden war. Angesichts der Tatsache, daß der Prozeß jetzt unmittelbar bevorsteht, wird um Solidarität gebeten. Nähere Infos dazu gibt es bei der Prozeßsoligruppe, zu erreichen über:

Mackenrode Soligruppe, c/o Buchladen, Nikolaikirchhof 7, 337073 Göttingen

Prozeßkostenspenden: A. Goldau, Kto.-Nr. ☘
415672-303, BLZ 25010030. PGA Hannover ☘
gd ☘



Jobstatistik-Wunder

Nürnberg. Wer ist arbeitslos? Würde in Deutschland so gezählt wie in Großbritannien, nämlich nur Arbeitslose, die Leistungen beziehen, säne die hiesige Arbeitslosigkeit sofort auf 3,6 Millionen. Würden in Deutschland auch die Million Arbeitslosen mitgezählt, die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen tätig sind, und die 1,5 Millionen Arbeitswilligen, die sich nicht als Stellensuchende gemeldet haben, läge die Zahl – nach Angaben des Nürnberger *Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* – „bei mindestens 7 Millionen“. Nicht in der deutschen Statistik enthalten sind auch 207.000 Vorruhestandler, 100.000 Kranke und 25.000 Arbeitslose, die auf ihre Berufsunfähigkeitsrente warten. Den dadurch bereits gesenkten Prozentsatz der Arbeitslosen hat die Bundesregierung von 14 auf 12,6 Prozent weiter reduziert, indem sie statt der abhängig Beschäftigten alle Erwerbstätigen inklusive den Selbstständigen als Bezugsgröße zugrunde legt.

konkret



150 Tage Streik

Bielefeld. Am vergangenen Freitag, den 27. März, befanden sich die Angestellten der Bielefelder Firma *Schilder Warweg* 150 Tage im Streik. Das „Jubiläum“ begleiteten die Streikenden mit einem „Aktionstag für Demokratie und Tarifrecht“ vor dem Firmengebäude in der Otto-Brenner-Straße. Unterdessen zeichnet sich noch immer keine Ende des Arbeitskampfes ab, bei dem die Streikenden die Einführung eines Haustarifvertrages fordern, der den willkürlichen Praktiken der Geschäftsleitung ein Ende bereiten soll.

gd

Neue Arbeitskonzepte – alte Ausbeutung

Arbeit für alle – schade eigentlich

Jeden Monat zur Veröffentlichung der neuen offiziellen Arbeitslosigkeitsstatistiken, in diesem Monat wahrscheinlich am 7. April, haben Arbeitsloseninitiativen bundesweit zu Protesten aufgerufen.

Ihre Forderung „*Jobs und Geld für alle*“ richtet sich vor allem an die Adresse der parlamentarischen Politik. Nicht mehr die Augen zu ver-



schließen, sondern endlich eine „vernünftige“ Politik zu machen, in der es z.B. genügend Arbeitsplätze gibt. Diese begreift die Tatsache des „ökonomischen Problems“, denn eher als „soziales Problem“, das man verwalten kann, und für dessen Ursache auch schnell vermeintliche Sündenböcke an der Hand sind. Entweder werden die Arbeitsplätze von denen besetzt, die auch etwas von dem „Kuchen“ des gesellschaftlichen Reichtums abhaben wollen, denen aber innerhalb der nationalökonomischen Konkurrenz Grenzen gesetzt werden sollen. Oder aber die technische Entwicklung ist schuld, da durch sie Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Aber über das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Arbeit ist man sich dennoch nicht einig, denn neue Technologien bringen auch wieder neue Arbeitsplätze, wenn auch spezialisierte.

Die Konjunktur als Wunderheilmittel

Als Indikator für die Wohlstands- und Wirtschaftslage wird von ÖkonomInnen und PolitikerInnen gebannt auf die Konjunkturentwicklung gestarrt. Diese ist jedoch für Rückschlüsse auf die Arbeitsmarktsituation wenig tauglich, da sie nur Aussagen zum Geldwert der produzierten Waren und Dienstleistungen hergibt. Es wird trotzdem erwartet, daß mit höheren Gewinnen ausgestattete Unternehmen in Dienstleistungen, Genlabors, Hightechcenter und Umweltprojekte investieren, sich den globalen Marktbedingungen flexibler anpassen und so die Konjunktur ankurbeln. Diese

urprüngliche fordristische Logik „Investitionen gleich mehr Arbeitsplätze“, hat dabei jedoch keine Gültigkeit. Das Kapital, das Unternehmen zur Verfügung steht, soll erhalten und vermehrt werden. Dabei ist es den UnternehmerInnen egal, ob dies mittels der Warenproduktion oder bei Spekulationsgeschäften erreicht werden kann.

Die Frage, ob nun zuviel oder zuwenig für das Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums gearbeitet wird, stellt sich als Interessenfrage und so wird weiter um die Anzahl der Arbeitsstunden und den Betrag des Arbeitslohnes gefeilscht.

Der Rahmen, in dem sich die Richtungen der Diskussionen bewegen, ist deutlich: die Steigerung der volkswirtschaftlich berechneten nationalen Wachstumsrate als Ziel, die gesetzliche Grundlage dafür schaffen und diese gesellschaftlich durchsetzen.

Arbeit als Gelderwerb

Die Ökonomie setzt voraus, daß gearbeitet wird, damit produziert werden kann.

Das verquere Spezifikum der kapitalistischen Ökonomie ist das in der Mehrwertproduktion durchzusetzende Profitinteresse.

Die Eigentümer von Produktionsmitteln wollen aus ihrem ökonomischen Interesse, der Vermehrung ihres Eigentums, erreichen, daß möglichst viel und lange gegen einen möglichst niedrigen Lohn gearbeitet wird, damit die erzeugten Waren möglichst international konkurrenzfähig sind. Sie wollen, daß sich ihr Kapital verwertet, indem Mehrwert realisiert wird. Die Produktion ist nicht darauf ausgerichtet, daß ein Bedarf der erzeugten Waren vorhanden ist. Die Waren sollen gekauft, also konsumiert werden. Der Überschuß wird von den Unternehmen lieber vernichtet oder verstaubt in den Regalen, als daß er verschenkt wird.

Dagegen steht das Interesse der abhängig Beschäftigten, als Eigentümer ihrer Arbeitskraft, die möglichst wenig und kurz zu einem möglichst hohen Lohn arbeiten wollen/müssen, um sich reproduzieren zu können. Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der gesundheitlichen Vorsorge mußten und müssen von ihnen hart erkämpft werden. Ihre Arbeitskraft wird also verwertet. Der verständliche Wunsch, möglichst gut, zumindestens ohne ständige Existenzsorgen, leben zu können, geht schon über dieses Verhältnis hinaus. Da der Arbeitslohn kein Maßstab für die Produktivität ist, sondern lediglich ein Preis für die verkaufte Arbeitskraft, der – realistisch betrachtet – nur das Überleben gewährleistet.

Das kennzeichnet kurz den antagonistischen Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital. In

diesem Widerspruch erscheint Arbeit hauptsächlich als Lohnarbeit. Im Jahre 1996 waren in der BRD immerhin 32,2 Millionen der 40 Millionen möglichen Erwerbspersonen lohnabhängig beschäftigt, davon waren 13 Millionen Arbeiter und 19,2 Millionen Angestellte und Beamte. Die Differenz setzt sich aus damals 4 Millionen Erwerbslosen und 3,8 Millionen Selbstständigen zusammen.

Arbeit als Alternative?

Sogenannte alternative Konzepte beinhalten kaum ein Wort der Kritik über den Zwang zur – und den Auswirkungen von – Lohnarbeit, sondern entwickeln bislang Konzepte zur Verteilung der Arbeit.

Jüngste Forderungen der Jusos, so scheint es, versprechen gar Revolutionäres. Der NRW-Landesvorsitzende trat in einem Radiointerview anlässlich des letzten Juso-Kongresses für „eine gesamtgesellschaftliche Umwälzung der Arbeitsmarktpolitik“ ein. Letztendlich heißt das: Hand in Hand mit Vater Schröder zur Wahl, auf den Weg wird man sich schon einig. Da kann man unterwegs auf dem Arbeitsmarkt auch Arbeitskräfte ein- und verkaufen, das Angebot ist ja momentan recht groß und für die Übriggebliebenen, man ist ja kein Unmensch, gibt's in der Marktwirtschaft auch noch was zu tun.

Von Arbeitszeitverkürzung – mit oder ohne vollen Lohnausgleich – ist da gewerkschaftlich und parteiübergreifend die Rede, oder von unentgeltlicher Bürgerarbeit (vgl. Ulrich Beck), mit der die wachsende Anzahl von Erwerbslosen eine



Aufwertung ihrer Nützlichkeit für die warenproduzierende Gesellschaft erfahren sollen, von der sie allerdings nicht satt werden und auch die Miete für die Wohnung nicht bezahlen können. Was dahinter steht ist, vermutlich ein Begriff von Arbeit als Selbstverwirklichung, was dagegen steht ist die als Arbeitspathos stilisierte existentielle Notwendigkeit im Kapitalismus, die Arbeitskraft zum Gelderwerb verkaufen zu müssen. So bringen neue Arbeitskonzepte unter gleichen gesellschaftlichen Verhältnissen auch gleiche Resultate hervor: Ausbeutung für alle.

Arbeit kann, kann ich mir jedenfalls vorstellen, innerhalb anderer Produktionsverhältnisse ✱ wesentlich angenehmer sein. ✱

Cornelia Meier ✱

Wanderausstellung über Frauen im KZ Ravensbrück

Schwestern, vergesst uns nicht!

Die Wanderausstellung „*Schwestern, vergesst uns nicht!*“ des Studienkreises *Deutscher Widerstand* berichtet über Frauen in den Konzentrationslagern Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück.

Dabei sind es vor allem die Biographien unbekannt gebliebener Frauen, ihr Leben, ihr Kampf, ihr vielfältiger Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft und auch ihr Sterben, die in dieser Ausstellung exemplarisch dargestellt und gewürdigt werden. Sie dokumentiert das Schicksal von Frauen, die als Jüdinnen, Sinteze oder Romanja, Zwangsarbeiterinnen, Widerstandskämpferinnen und sogenannte Kriminelle in die KZs getrieben wurden; von Frauen, die Opfer pseudomedizinischer Versuche, Zwangsprostitution und Vergewaltigung wurden; von Frauen, die wegen verbotener Liebesbeziehungen verhaftet wurden.

Begleitet wird die Ausstellung, die vom 19. April bis zum 9. Mai in der Bürgerwache am Siegfriedplatz und vom 11.–15. Mai im Audi-Min der Universität zu sehen ist, von einem vielfältigen Rahmenprogramm, in dem vor allem Zeitzeuginnen zu Wort kommen.

Gertrud Müller eröffnet die Ausstellung am 19. April. Sie war Widerstandskämpferin im Nationalsozialismus und selbst in Ravensbrück inhaftiert. Heute ist sie Vorsitzende der Lagergemeinschaft Ravensbrück.

Anna Mettbach schildert die Lagerrealität aus der Perspektive einer Sinteza. Als 16jährige wurde sie nach Auschwitz deportiert. Sie berichtet über die Völkermordverbrechen der Nationalsozialisten an den Sinti und Roma und den mörderischen Auswirkungen von Ausgrenzung und Rassismus.

Diese Frauen ermöglichen uns durch ihre Berichte einen authentischen Einblick in die von ihnen erlebte Zeit. Die Auseinandersetzung mit den damaligen Ereignissen aus der Perspektive der Zeitzeuginnen bietet uns die Chance, Verantwortung für die eigene Geschichte zu übernehmen und der kollektiven Verdrängung der Zeit des Nationalsozialismus entgegenzuwirken.

Die Historikerinnen Simone Erpel und Grit Philipp werden uns, ergänzend zu den Berichten der Zeitzeuginnen, einen Einblick in die Geschichte, in Fakten und Geschehnisse des KZ Ravensbrück geben. Aber kann die Aneinanderreihung von Fakten auch nur annähernd den „Lageralltag“ beschreiben? Gab es einen Alltag inmitten des Massenmordes? Diesen und anderen Fragen kann in einer Diskussion mit den beiden Historikerinnen nachgegangen werden.

Auch der Vortrag von Ursula Krause-Schmitt, ebenfalls Historikerin und Waltraud Blass, einer Zeitzeugin, beschäftigt nicht ausschließlich mit der Vergangenheit. Vielmehr wird hier aufgezeigt,

inwiefern die Vergangenheit Gegenwart ist: Waltraud Blass berichtet von ihrer Entschädigungsklage gegen die Firma Siemens, für die sie im KZ Ravensbrück arbeiten mußte.

Doch nicht nur dieser Bezug zur Gegenwart veranlaßt uns dazu, die Ursachen, Formen und Auswirkungen des Nationalsozialismus öffentlich zu thematisieren. Das Klima in unserer Gesellschaft wird zunehmend durch Ausgrenzung, Konkurrenzverhalten, Entsolidarisierung und Abschottung nach außen geprägt. In diesem Zusammenhang steht eine ausländerInnenfeindliche Politik, gekennzeichnet z.B. durch die de facto Abschaffung des Asylrechts oder die gerade verabschiedete Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, die vielen Flüchtlingen die Lebensgrundlage entzieht.

Diese Politik schafft ein Klima für Rechtsextremismus und damit verbundene Angriffe, die sich vor allem gegen AusländerInnen, Lesben, Schwule, Behinderte und Andersdenkende richten.



Auch rechtskonservatives Gedankengut kann mittlerweile wieder frei geäußert und publiziert werden. In diesem Zusammenhang steht zum einen die starke „Protestwelle“ gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht – das sogenannte Protestspektrum reicht von NeofaschistInnen bis in die etablierten Parteien hinein – und zum anderen die Verbreitung revisionistischer Theorien, die die Existenz von Konzentrationslagern und ihre Funktion leugnen.

Deshalb betrachten wir deutschen Faschismus nicht als ein abgeschlossenes Kapitel, sondern sehen eine Kontinuität bis in die Gegenwart hinein.

Der Entschluß, gerade die Ausstellung „*Schwester, vergiß uns nicht!*“ in Bielefeld zu zeigen, ist auch aus einem anderen Anliegen heraus entstanden: Frauen werden als Teil von Geschichte und Gegenwart häufig ignoriert und oft nur in klischeehafter Weise am Rande erwähnt. Somit ist es unerlässlich, die Realität von Frauen – sowohl als Gefangene

wie auch als Täterinnen – im Nationalsozialismus zu thematisieren. Noch immer ist viel zu wenig über den im Nationalsozialismus geleisteten Widerstand bekannt; vor allem die Tatsache, daß Frauen sich mit den verschiedensten Mitteln dem Hitlerregime widersetzen, wird sowohl in der Forschung als auch in der (schulischen und universitären) Lehre kaum berücksichtigt.

Der vielfältige und kreative Widerstand, der von Frauen im Nationalsozialismus geleistet wurde, bedeutet für uns auch die Verpflichtung, uns Rassismus und Sexismus in unserer Gesellschaft entgegenzustellen. Unser Ziel ist es, durch die Ausstellung und das Rahmenprogramm die Auseinandersetzung mit Faschismus heute voranzutreiben.

Wir wollen zum Widerstand gegen die Ausgrenzungs-, Selektions- und Unterdrückungsmechanismen unserer Gesellschaft aufrufen.

Deshalb: Kein Vergessen! Kein Vergeben! ☆☆☆

Frauenprojekt „Erinnern an Ravensbrück“ ☆☆☆

1.000 demonstrieren gegen rechten Mord in Saalfeld

Saalfeld. Mehr als 1.000 Menschen gedachten am Samstag, den 28. März, der 14jährigen Jana G., die zwei Tage zuvor im Saalfelder Stadtteil Gorndorf von einem 15jährigen rechtsorientierten Jugendlichen erstochen wurde.

Die Redner warnten vor einer rechten Normalität, in der Morde an Andersdenkenden und Andersaussehenden, AusländerInnen und Linken möglich und immer häufiger wurden. (...)

Wer weitere Gewalttaten gegen Andersdenkende auch in Zukunft verhindern wolle, dürfe nicht schweigen, sondern müsse der organisierten Rechten den Nährboden entziehen. Sie brachten ihre Hoffnung zum Ausdruck, nie wieder in Saalfeld aus diesem Grund demonstrieren zu müssen. Die Behauptung der Behörden, die Tat habe keinen politischen Hintergrund, greife zu kurz. Der Täter gab bei seiner Vernehmung an, sich als rechts einzuordnen und Jana als links. Der Anlaß für seine Tat sei eine Beleidigung durch Jana als „*Scheiß Fascho*“ im Herbst des Vorjahres gewesen. Auch die Polizei teilte mit, der Täter habe sich bei den Rechtsextremisten etablieren wollen.

Bereits unmittelbar nach der Tat hatten Rechtsextremisten den FreundInnen des Opfers angedroht, sie „*ebenfalls abzustechen*“. Auch TeilnehmerInnen der Mahnwache am Freitag wurde von Neonazis gedroht: „*Euch kriegen wir auch noch!*“

Die Niederlegung von Blumen am Tatort durch die NPD sei eine Verhöhnung des Opfers und müsse als taktische Entscheidung gewertet werden, so das Bündnis. (...)

Als „*ungeheuerlich*“ bezeichnete das Saalfelder Bündnis gegen Rechts den Vorwurf der BILD-Zeitung, Antifaschisten hätten den Mord an Jana zu verantworten. Mit diesem Entlastungsargument gebe die BILD-Zeitung der organisierten Rechten Rückhalt für weitere Gewalttaten.

Auch in Jena und Berlin fanden am 27. März Gedenk- und Protestveranstaltungen statt.

Bündnis gegen Rechts Saalfeld ☆☆☆

Ermittlungen vorläufig eingestellt

Bielefeld. Die Ermittlungen gegen einen Polizeibeamten, der in der Neujahrsnacht einen Nigerianer geschlagen und rassistisch beschimpft haben soll, sind vorläufig eingestellt worden. Die Staatsanwaltschaft begründete ihren Schritt damit, daß nach der Strafprozeßordnung ein Verfahren ruhen kann, wenn in einem anderen, damit in Verbindung stehenden Verfahren noch ermittelt wird. Dieses zweite Verfahren ist das gegen den Nigerianer, der von der Polizei wegen Trunkenheit am Steuer, Widerstand gegen die Staatsgewalt und falsche Verdächtigung angezeigt worden war. Warum die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen den Polizisten ruhen läßt und nicht das andere, wurde nicht begründet. Die Anwältin des Nigerianers hat in diesem Zusammenhang eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht und auch *amnesty international* London prüft zur Zeit ein Engagement in diesem Fall.

stadtblatt/gd ☆☆☆

Neuer Rekord

Bielefeld. Einen neuen Rekord hat Jürgen Mahnke, Chefredakteur des Senders *Radio Bielefeld*, aufgestellt. Innerhalb eines Monats lehnte Mahnke gleich drei Sendungen für den Bürgerfunk ab. Der Zensur zum Opfer fiel auch ein Beitrag der AJZ-Radiogruppe mit dem Titel „*Gegen die versuchte Entschuldung eines nationalsozialistischen Täters – oder warum die Kunsthalle nicht Richard-Kaselowsky-Haus heißen darf*“. Mahnke suchte und fand in dem Beitrag angeblich „*unwahre Tatsachenbehauptungen*“. Jetzt muß sich die Landesrundfunkanstalt (LfR) mit den drei Beiträgen beschäftigen. In der Vergangenheit kassierte die LfR bereits mehrere Zensurenentscheidungen von Mahnke, die Sendungen wurden mit zum Teil erheblicher zeitlicher Verzögerung gesendet. Wer nicht warten möchte, kann den Beitrag der AJZ-Radiogruppe unter Tel. 0521-894387 bestellen.

gd ☆☆☆

29.3.-30.4.: „Menschlich-Unmenschlich“ • Bilder-Ausstellung von Rolf Ziert • Café Parlando • Wittekindstraße 42 • Bielefeld

7.4.: „Endlich auf der Straße - die neue A-Klasse“ • Dritter Bielefelder Aktionstag • 10.30 Uhr • Unterstützung der Steikenden der Fa. Warweg • Otto-Brenner-Str. 160 • 11.55 Uhr • fünf vor zwölf • Treffen vor dem Arbeitssamt • 12.30 Uhr • Protest vor der CDU-Geschäftsstelle • Friedrich-Verleger-Str.3 • ab 14.30 Uhr • Kaffee, Kuchen und Infos in der BürgerInnenwache • Siegfriedplatz

8.4.: „Die Kreismannschaft Goldap, Landsmannschaft Ostpreußen und Stefan Grigat“ • Infoveranstaltung • 20 Uhr • Alte Pauline • Bielefelder Str. • Detmold

10.4.: The Notwist & Sub Atomic • Konzert • 21 Uhr • Alte Pauline • Detmold

21.4.: „Havanna '97 – Viva la revolución – Viva Che“ • Diavortrag zu den 14. Weltjugendfestspielen in Kuba • 19 Uhr • Sumpffblume • Hameln

24.4.: Karaoke Party II • 22 Uhr • ArbeiterInnenjugendzentrum • Heeper Str. 132 • Bielefeld

24.4.: 1. Weltfestspiele der HausbesetzerInnen • ab 15 Uhr • Leipzig

25.4.: Coverfestival III • 21 Uhr • AJZ

30.4.: GigantenStadl • 22 Uhr • AJZ

1.5.: Kundgebung zum 1. Mai • 10 Uhr • Rathausplatz • Bünde

25 Jahre AJZ vom 4.4. - 17.4

11.4.: Tag der offenen Tür • den ganzen Tag lang

12.4.: Mittagsbrunch in der Kneipe • 12 Uhr

12.4.: Kino: Hardcore Logo • 20.30 Uhr

12.4.: Konzert mit DOA + DBS • 22 Uhr

14.4.: Konzert mit Bad Habits + Support • 22 Uhr

17.4.: 2. OWL Rockt HipHop Battle • 21 Uhr